

LandtagsNachrichten

Mecklenburg-Vorpommern

■ Aktuell

Politische Bildung
stärken

■ Volksinitiative

Kostenloses
Mittagessen
in Grundschulen

■ Pro & Kontra

Kopfnoten
auf dem Zeugnis?

■ Dialog

Landtag vor Ort
Tag des offenen
Schlosses

■ Verantwortung

Jugendprojekt
Ravensbrück

■ Kooperation

Schlösser Schwerin
und Chambord



Seite 3

Spezial

6. Konferenz des Parlamentsforums
„Südliche Ostsee“

Seiten 4 – 5

Aus dem Plenum**Aktuelle Stunde:**

Politische Bildung stärken

Seiten 6 – 10

Weitere Themen:

Der Klimawandel und M-V
Agrarpolitik – Health-Check der EU
Hochschulautonomie
Volksinitiative
„Kostenfreies Mittagessen in
Grundschulen“
Kita-Betreuung

Seite 11

Pro & Kontra:

Kopfnoten auf dem Schulzeugnis?

Seite 12

Aus den Ausschüssen**Innenausschuss:**

Anhörung zum Luft-Boden-
Schießplatz
Kyritz-Ruppiner Heide
(Bombodrom)

Seite 13 - 18

Panorama

Tag des offenen Schlosses
Landtag vor Ort
Jugendprojekt in der
Mahn- und Gedenkstätte
Ravensbrück

Seite 19

Schlossgeschichten

Kooperation mit Chambord

Titelbild (Cornelius Kettler)

Der Kreuzkanal im Schweriner
Schlossgarten

Impressum

Herausgeber: **Landtag Mecklenburg-**

Vorpommern

- Öffentlichkeitsarbeit -

Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin

Fon: 0385 / 525-2183, Fax 525 - 2151

E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de

Internet: www.landtag-mv.de

Redaktion: Referat Öffentlichkeitsarbeit,
Claudia Richter

Layout: Uwe Sinnecker, www.uwe-sinnecker.de

Druck: cw Obotritendruck.de

Gedruckt auf Recyclingpapier

Zugunsten des Leseflusses und aus Platzgrün-
den haben wir bei der Bezeichnung von Men-
schengruppen manchmal nur die männliche
Form verwendet. In solchen Fällen ist die weib-
liche Form mitgedacht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben
nicht in jedem Fall die Meinung des Heraus-
gebers wieder. Alle Abbildungen sind urheber-
rechtlich geschützt. Nachdruck nur mit
schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.

Die LandtagsNachrichten können kostenlos
bezogen werden. Bestellungen sind an den
Herausgeber zu richten.

Auf neuem Kurs

■ *Selten sah man die demokratischen Fraktionen im Land inhaltlich so nahe beieinander wie in der Aktuellen Stunde zur politischen Bildung am 4. Juni. Gemeinsamer Tenor: Das Schiff ist auf Kurs gebracht, es möge Fahrt aufnehmen. Gelegentliche Kritik in der Debatte blieb wohlwollend.*

Das war nicht immer so. Politische Bildung im Land befand sich jahrelang in schwierigem Fahrwasser. Ein gemeinsamer Kurs der staatlichen Stellen war schon allein durch den strukturellen Wirrwarr nahezu unmöglich. Die Landeszentrale für politische Bildung war der Staatskanzlei zugeordnet. Die Behörde des Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen war Teil des Justizministeriums. Und Schulen, Hochschulen, Museen und Gedenkstätten unterstanden naturgemäß dem Bildungsministerium. Auch wenn sich die Steuerleute auf den unterschiedlichen Kommandobrücken redlich um ein Vorwärtkommen bemühten – meistens war es ein Nebeneinander, manchmal ein Gegeneinander, selten ein Miteinander.

Hinzu kam, dass politische Bildung auf der Prioritätenliste der Parteien nie oben stand. Weit verbreitet war und ist die von Altkanzler Helmut Kohl nach der Wiedervereinigung propagierte Auffassung: Mit „blühenden Landschaften“ werde man den Feinden der Demokratie im Osten schon den Nährboden entziehen. Wohlstand ist immer noch der beste Garant für eine demokratische Grundordnung. Im Westen hatte es in den fünfziger Jahren doch auch geklappt.

Der Schiffbruch kam im September 2006, als die rechtsextreme NPD mit mehr als sieben Prozent der Wählerstimmen in den Schweriner Landtag einzog. Der Mangel an politischer Bildung – besonders in ländlichen Bereichen – wurde von den demokratischen Parteien schnell als einer der Gründe für die Katastrophe angesehen. Zu Recht.

Insbesondere die Regierungsparteien SPD und CDU können sich zugute halten, relativ schnell und konsequent die landeseigenen Institutionen der politischen Bildung personell, strukturell und inhaltlich verändert zu haben. Die Landeszentrale und der Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen arbeiten inzwischen gemeinsam unter dem Dach des Bildungsministe-



Foto: Thomas Volgmann

Thomas Volgmann (*1960 in Nepzin bei Greifswald) studierte Geschichte und ist seit 1990 Redakteur bei der Schweriner Volkszeitung im Ressort Landespolitik.

riums mit den entsprechenden Fachabteilungen des Hauses zusammen. Als Dienstleister für Multiplikatoren ist die Landeszentrale in das Gesamtkonzept der politischen Bildung eingebunden und wird von einem Kuratorium von Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Politik beraten. Das ist ein Neubeginn, der bereits bundesweit Beachtung fand. Doch wie weiter?

Zur Baustelle wird in naher Zukunft die Behörde des Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, und Handlungsbedarf hat der aus dem Amt scheidende Jörn Mothes bereits selbst angemeldet. Schon die 1993 eingeführte Dienstbezeichnung ist irreführend. Denn weil es keine Stasi-Akten in Länderhoheit gibt – die Archive werden allein von der Birthler-Behörde und ihren 15 Außenstellen in den ehemaligen DDR-Bezirken verwaltet –, braucht das Land auch keinen Beauftragten für diese Unterlagen. Nicht die Aktenverwaltung, sondern die psychosoziale Betreuung und Beratung von SED-Opfern sowie politische Aufklärung gehören seit Jahren zu den Aufgaben des Landesbeauftragten. Allerdings wird der Kreis der zu Betreuenden naturgemäß durch Alterung und Tod immer kleiner. Ein anderes Problem ist die inhaltliche Ausrichtung der Behörde. Die eindimensionale Fokussierung auf die Stasi wird einer ganzheitlichen Bewertung der SED-Herrschaft schon lange nicht mehr gerecht. Die Behörde deshalb abzuschaffen, wäre aber eine falsche Antwort auf die Frage, wie sich das Land künftig eine Auseinandersetzung mit der DDR-Vergangenheit vorstellt. Der Vorschlag, die Aufgaben des Landesbeauftragten der Stasi-Unterlagen auf die eines Beauftragten für die Folgen der DDR-Diktatur und sogar der Nazi-Diktatur auszudehnen, ist deshalb überlegenwert. Für das auf Fahrt gegangene Schiff „Politische Bildung“ könnte ein runderneuerter Landesbeauftragter durchaus weiter ein Impulsgeber und Motor sein.

Thomas Volgmann

Zusammenarbeit im südlichen Ostseeraum

Parlamentsforum tagte in Kolberg

■ Direkt an der westpommerschen Ostseeküste, in Kolobrzeg, fand auf Einladung des Sejmik Westpommern vom 18. bis 20. Mai das 6. Parlamentsforum Südliche Ostsee statt. Der Delegation des Landtages unter der Leitung der Präsidentin Sylvia Bretschneider gehörten die erste Vizepräsidentin Renate Holznapel, der zweite Vizepräsident Andreas Bluhm, die Abgeordneten Detlef Müller (SPD), Werner Kuhn (CDU), Barbara Borchardt und Birgit Schwebs (beide DIE LINKE) an.



Fotos: Uwe Balewski

v.l. Konstantin Poliakov (Stellvertretender Vorsitzender der Kaliningrader Gebietsduma), Julian Osiecki (Vorsitzender des Sejmik der Woiwodschaft Ermland-Masuren), Grzegorz Grzelak (Abgeordneter des Sejmik der Woiwodschaft Pommern), Zygmunt Dziejewicz (Vizevorsitzender des Sejmik der Woiwodschaft Westpommern), Sylvia Bretschneider (Präsidentin des Landtages Mecklenburg-Vorpommern) und Ingrid Franzen (Vizepräsidentin des Landtages Schleswig-Holstein).

Unter dem Leitthema „Forschung als Integrationsfaktor und Chance der Wirtschaftsentwicklung in der Südlichen Ostsee“ berieten über 150 Teilnehmer aus den Landtagen Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern sowie den Sejmiks der Woiwodschaften Westpommern und Pommern mit Vertretern aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft über gemeinsame Belange und Fragen aus den Themenkomplexen Energiepolitik, integrierte maritime Politik und Vernetzung von Wirtschaft, Wissenschaft und Regionalpolitik bei der Forschung. Erstmals waren Vertreter aus Ermland-Masuren und aus der Kaliningrader Gebietsduma als gleichberechtigte Partner sowie Mitglieder der Vertretungskörperschaft der schwedischen Region Schonen bei der Konferenz dabei.

Für die Teilnehmer des Parlamentsforums steht fest, dass die Zusammenarbeit in den Bereichen der Energie und der integrierten europäischen Meerespolitik ein wichtiges gemeinsames Anliegen ist. Sie fordern konkrete Maßnahmen, um den Anteil erneuerbarer Energien am Gesamtenergieverbrauch der EU bis 2020 signifikant zu erhöhen. Dazu gehöre, einen klimaschonenden Energiemix anzustreben, der für die Bürger eine kostengünstige, langfristig sichere Energieversorgung gewährleistet. Die beteiligten Regionen wollen zudem bestehende Forschungseinrichtungen in der Region mit dem Schwerpunkt erneuerbarer Energien stärker vernetzen und streben die Einrichtung eines gemeinsamen Forschungszentrums für erneuerbare Energien an. Damit könne ein grenzüberschreitendes Kooperationsnetzwerk zur verstärkten Anwendung

regenerativer Energien initiiert werden. Das Parlamentsforum begrüßte den Aktionsplan der EU-Kommission zur Umsetzung der europäischen integrierten Meerespolitik. Erneut wurde die Notwendigkeit betont, die Ostseeregion bis zum Jahr 2015 zu einer europäischen Modellregion für die integrierte maritime Politik zu entwickeln und dazu eine Task Force Meerespolitik durch den Ostseerat einzurichten.

An der Konferenz nahmen auch Jugendvertreter aller beteiligten Regionen teil. Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider bezeichnete dies als „ein unverzichtbares Element des Parlamentsforums Südliche Ostsee“ und lobte das Engagement, mit dem das von der EU-Kommission geförderte Projekt „Jugend in Aktion“ durchgeführt werde. „Besonders am Herzen liegt mir die aktive Beteiligung der Jugendlichen, der konstruktive Dialog mit ihnen und ihre politische und soziale Teilhabe an unseren Zusammenkünften“, so die Präsidentin. Deshalb werde die Beteiligung der Jugendlichen an Entscheidungsprozessen auch im kommenden Jahr intensiv unterstützt werden.

Das 7. Parlamentsforum Südliche Ostsee wird vom 5. bis 7. Juli 2009 durch den Landtag Mecklenburg-Vorpommern in Schwerin ausgerichtet.

Die Schlussresolution der 6. Konferenz finden Sie auf der Website des Landtages: www.Landtag-mv.de (Zusammenarbeit/Südliches Ostseeforum).



Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider mit den Jugenddelegierten aus Mecklenburg-Vorpommern: v.l. Fabian Krüger, Christoph Haedke, Sylvia Bretschneider, Fennecke Strothmann, Sarah Struck, Karin Baresel vom Landesjugendring M-V.

Mit politischer Bildung Demokratie stärken

Aktuelle Stunde: Nur informierter Bürger kann Verantwortung tragen

■ Die Bedeutung der politischen Bildung für die Demokratie stand im Mittelpunkt der Aktuellen Stunde am 4. Juni. Die Bürger müssten sich ausreichend informieren können, um Verantwortung zu übernehmen, hieß es in der Debatte. Die demokratischen Parteien wollen bei der politischen Bildung enger zusammenarbeiten. Das Thema „Politische Bildung stärken“ wurde auf Antrag der CDU-Fraktion auf die Tagesordnung gesetzt.

■ CDU-Fraktionschef **Dr. Armin Jäger** unterstrich die Bedeutung der politischen Bildung für die Demokratie. „Verantwortung tragen kann nur der Bürger, dem wir die Möglichkeit geben, sich hinreichend zu informieren“, sagte er. Unter Anspielung auf die Volksinitiative gegen das geplante Steinkohlekraftwerk in Lubmin sagte er, wenn Fachleute öffentlich äußerten, über einen solchen Weg könne ein Genehmigungsverfahren außer Kraft gesetzt werden, sei dies „Volksverdummung“. Und genau dem müsse politische Bildung entgegenwirken, sonst entstehe nicht Wahlbegeisterung, sondern Politikverdrossenheit. Mut mache laut Jäger die hohe Beteiligung von Bürgern an direkten Entscheidungen. Politische Bildung müsse aber auch vermitteln, „dass die Zusammensetzung von Parlamenten und von kommunalen Vertretungen genauso entscheidend ist wie die Direktabstimmung über einzelne Punkte“. Erleichterungen bei der Briefwahl können sich nach Meinung Jägers positiv auf die Wahlbeteiligung auswirken. Eine weitere Aufgabe

der politischen Bildung sieht Jäger in der Auseinandersetzung mit „dem, was gewesen ist“. Er verwies auf die „erschreckenden Ergebnisse einer Studie zum DDR-Bild von Schülern“. Hier bestehe Aufarbeitungsbedarf.

■ Alle demokratischen Fraktionen im Landtag seien sich einig, dass politische Bildung gestärkt werden müsse, sagte Linksfraktionschef **Prof. Dr. Wolfgang Methling**. Das Ringen um Demokratie und Toleranz sieht er als eine ressort- und parteiübergreifende gemeinsame Aufgabe aller Demokraten. Politische Bildung stärken bedeute auch, so Methling, die Bürger bei der Wahrnehmung ihrer demokratischen Rechte zu unterstützen. „Dazu gehört in besonderer Weise die Wahrnehmung des Wahlrechtes“, betonte er. Eine Briefwahl könne da mithelfen, sei aber „kein Wundermittel gegen Wahlverweigerung“. Bei der Aufarbeitung der deutschen Diktaturen warnte Methling vor einer Gleichsetzung der DDR mit der NS-Diktatur. Eine derart undifferenzierte

Betrachtung habe mit politischer Bildung nichts zu tun. „Es wäre vielmehr eine politische Missbildung“, so der Linkspolitiker. Zu einer ganzheitlichen Forschung und Aufklärung gehöre auch, die Ereignisse und Entwicklungen in den alten Bundesländern – den Umgang mit der NS-Geschichte, die Entstehung des Grundgesetzes, das DKP-Verbot oder auch die 68er-Bewegung – nicht außer Acht zu lassen.

■ SPD-Fraktionschef **Volker Schlotmann** schlug vor, die demokratischen Parteien sollten – wie die demokratischen Fraktionen im Landtag beim Kampf gegen Rechts – bei der politischen Bildung enger zusammenarbeiten. So könnten ihre kommunalpolitischen Vereinigungen und Parteistiftungen kooperieren im Kampf gegen den Rechtsextremismus, „die wirklich ernsteste Bedrohung unserer Demokratie“. Wichtig ist es Schlotmann zufolge, ernsthaft darüber nachzudenken, „wie wir die politische Bildung und die Inhalte, die damit verbunden sind, wieder zu den Menschen vor Ort bekommen“. Es könnten etwa „Kurzveranstaltungen am Abend“ organisiert werden, die auch für Werktätige interessant und erreichbar sind. Dabei dürfe man sich auch nicht scheuen, brisante Themen aufzugreifen und zu diskutieren. Schlotmann lobte den



Dr. Armin Jäger (CDU)



Prof. Dr. Wolfgang Methling (DIE LINKE)



Volker Schlotmann (SPD)

Fotos: Uwe Balewski

Bildungsbuss „Demokratie auf Achse“ als „grundsätzlichen Fortschritt“, kritisierte jedoch dessen Beschriftung. Sie bestehe „fast nur aus rückwärtsgewandten Themen und befasst sich ausschließlich mit der DDR“. Aber auch Themen wie die Globalisierung und eine kritische Aufarbeitung der Geschichte der Bundesrepublik gehörten zur politischen Bildung.

■ Bildungsminister **Henry Tesch** verteidigte die Neuordnung der politischen Bildung. Das Projekt des Bildungsbusses sei „auf Nachhaltigkeit angelegt“. Die Resonanz von Schulen und Kommunen auf dieses Angebot sei außerordentlich gut. Die Landeszentrale für politische Bildung werde im Oktober erstmals einen Kongress im Land durchführen, der die Vernetzung und den Austausch über neue Ansätze in der politischen Bildung fördern soll. „Alle Demokraten sollten sich zugleich als politische Bildner verstehen“, forderte der Minister. Politische Bildung sei eine Daueraufgabe. Sie dürfe sich zudem nicht nur an Multiplikatoren wenden. „Viele Bürger haben ein immenses Bedürfnis nach Information und Gesprächen“, betonte der Minister. „Ein modernes Mecklenburg-Vorpommern braucht weltoffene, aktive Bürgerinnen und Bürger, die sich für ihr Gemeinwesen engagieren“, sagte er.

■ Der FDP-Abgeordnete **Hans Kreher** warnte vor jeder Art von Extremismus im Land, egal ob religiös, von rechts oder von links. „Sogar liberales Denken ist schon in Anarchie umgeschlagen“, sagte er. Die Aktion „Demokratie auf Achse“ sei ein Schritt in die richtige Richtung. Seiner Meinung nach sei jedoch die personelle Ausstattung der Landeszentrale für politische Bildung nicht ausreichend. Auch müsse das Ministerium die Ziele der Landeszentrale klarer formulieren. Insgesamt müsse die Qualität der politischen Bildung steigen. Es müssten auch die Menschen erreicht werden, die sich bislang nicht für die Demokratie engagierten. „Wir müssen hier ganz andere Methoden und ein ganz anderes Herangehen entwickeln“, so Kreher. Von den Landespolitikern forderte er eine selbstkritische Auseinandersetzung mit dem eigenen Agieren. Dadurch, dass „wir manchmal politische Themen aufgreifen, die eigentlich in den Bundestag gehören“, würde bei den Bürgern ein falsches Verständnis entwickelt und der Eindruck entstehen, das könne der Landtag regeln.

■ **Raimund Borrmann** (NPD) warf den demokratischen Parteien vor, bei der politischen Bildung reaktionär zu sein. „Ihr Ziel ist doch nichts anderes als dressierte Affen“, meinte er. „Sie setzen Regeln und Normen, an die man sich zu halten hat. Damit wollen Sie schon im Kindergarten anfangen. Diese Regeln und Normen tarnen Sie unter solchen Begriffen wie ‚Demokratie‘ oder ‚freiheitlich-demokratische Grundordnung‘.“ Politische Bildung bedeute in diesem Sinne nur, den Schülern „Ihr Geschichtsbild, Ihr Politikbild und Ihr Wirtschaftsbild aufs Auge zu drücken“, sagte er in Richtung der vier anderen Fraktionen. „Und dann sagen Sie: Entweder du machst mit in diesem System oder du landest als Ausgestoßener bei Hartz IV!“ Die NPD dagegen gebe 17-Jährigen keine Urteile vor, sondern lasse sie frei entscheiden.

■ Politische Bildung sei in der deutschen Geschichte viel zu oft zur Herrschaftslegitimation missbraucht worden, sagte **Ilka Lochner-Borst** (CDU). „Lernende wurden manipuliert und auf bestimmte Sichtweisen festgelegt“, betonte sie. „Und das ist es, was zum Beispiel die NPD auch heute noch will – und zwar autoritäre nationalsozialistische Gesinnungserziehung statt Meinungs- und Handlungsvielfalt.“ Politische Bildung sei jedoch keine Feuerwehr und kein Wundermittel, „denn sie setzt mit ihren Mitteln und Möglichkeiten auf mittel- und langfristige Lern- und Veränderungsprozesse“, betonte die Rednerin. Dafür seien eben auch mittel- und langfristige Strategien nötig.



Ilka Lochner-Borst (CDU)

Fotos: Uwe Balowski



Bildungsminister Henry Tesch



Hans Kreher (FDP)



Raimund Borrmann (NPD)



Foto: Jens Büttner

Profiziert der Tourismus in Mecklenburg-Vorpommern vom Klimawandel?

Chancen und Risiken

Landtag debattiert Studie zum Klimaschutz

■ **Der Klimawandel birgt Chancen und Risiken für Mecklenburg-Vorpommern. Das geht aus einer Studie hervor, die der Landtag vor rund einem Jahr in Auftrag gegeben hatte und die nun auf der Parlamentsitzung am 4. Juni diskutiert wurde.**

„Mecklenburg-Vorpommern ist vom Klimawandel betroffen, aber eine Anpassung an den Klimawandel ist möglich“, sagte Umweltminister **Dr. Till Backhaus**, der stellvertretend die Rede von Wirtschaftsminister **Jürgen Seidel** verlas. „Die Änderung des Klimas ist ein langfristiger Prozess, auf den wir uns einstellen können und müssen“, hob er hervor. Die frühzeitige Auseinandersetzung mit den

möglichen Folgen des Klimawandels werde dazu führen, dass Mecklenburg-Vorpommern die Chancen effektiv nutzen und den Risiken rechtzeitig vorbeugen werde. Im Mittelpunkt der Untersuchungen hat den Angaben nach die Temperatur- und Niederschlagsentwicklung im Land gestanden. „Die Experten gehen davon aus, dass es bis zum Ende des Jahrhunderts stetig wärmer wird, gerechnet wird je nach Region mit einem Anstieg der Jahresmitteltemperatur um 1,8 bis 3 Grad“, sagte Backhaus. Durch den Einfluss der Ostsee würden die Temperaturen in den Küstenregionen weiterhin moderater sein als im Binnenland. Zugleich würden die Niederschläge im Sommer ab- und im Winter zunehmen. Dies könne bedeuten, dass mehr Urlauber in den Nordosten kämen oder mehr geerntet würde. Eine „monetäre Bewertung“ sei im Rahmen der Untersuchung noch nicht erfolgt. Die vorliegenden bundesweiten Informationen bestätigen dem Minister zufolge, dass auch Mecklenburg-Vorpommern finanziell betroffen sein kann.

Nach Auffassung von **Dr. Gottfried Timm** (SPD) ist der Bericht hilfreich. Er beschreibe die Veränderungen, die durch den globalen Klimawandel erwartet werden. So werde das gesamte Land, vor allem aber Vorpommern, deutschlandweit mit am stärksten von sommerlicher Trockenheit betroffen sein. Dies wird seiner Meinung nach gravierende Auswirkungen auf die Landwirtschaft, auf die Trinkwasserversorgung und auf die Befahrbarkeit einiger Wasserstraßen haben. Der Anstieg des Meeresspiegels müsse beim Küstenschutz beachtet werden. Die Landesregierung werde nun ein Handlungskonzept erarbeiten müssen. Es sei notwendig, den Bericht regelmäßig zu aktualisieren.

Prof. Dr. Wolfgang Methling, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE, hält die Schlussfolgerungen der sechs Arbeitsgruppen für Politik, Wirtschaft und Kommunen für folgerichtig, „jedoch von unterschiedlicher Tiefe und Qualität“. Sie würden teilweise schon lange in der Politik bekannt sein, jedoch im praktischen Leben oft nicht eingehalten. Der größte Mangel dieser Studie liegt seiner Überzeugung nach jedoch darin, dass sie keine Empfehlungen zu konsequentem Handeln gegen Klimawandel und für Klimaschutz enthalte.

Wolfgang Waldmüller (CDU) forderte eine sachgerechte Debatte. Die Studie ist seinen Worten nach „wissenschaftlich fundiert“. Nun müsse eine finanzielle Bewertung vorgenommen und gehandelt werden. Der Bericht zum Klimawandel sei ein erster Baustein. Deutschland insgesamt sieht er auf einem guten Weg.

In dem Bericht sieht **Sigrun Reese** (FDP) zwar erste positive Ansätze. Ihr fehlt aber eine Diskussion über die tatsächlichen Ursachen. Es seien stattdessen zu viele Hypothesen angesammelt. „Die Ist-Analyse kommt hier zu kurz.“ Der nächste Bericht müsse konkreter werden.

Nach Ansicht von **Raimund Borrmann** (NPD) zählt der Bericht nicht alle möglichen Szenarien für einen Klimawandel auf. Er enthalte viele Details, zeige aber eine rosarote Perspektive.

Sie sei froh, dass der Klimabericht der Landesregierung endlich vorliege, betonte **Birgit Schwebs** (DIE LINKE). „Aber zufrieden mit dem Vorgelegten bin ich nicht.“ Die Fakten seien vielfach schon bekannt. „Eigentlich müssten jetzt Taten folgen“, sagte die Parlamentarierin und warf der Regierung Untätigkeit beim Klimaschutz vor. Mecklenburg-Vorpommern sei noch meilenweit von einem wirksamen Klimaschutz, der alle Politikbereiche umfasst, entfernt. Weitere Studien seien notwendig. Zudem kritisierte sie heftig den geplanten Bau des Steinkohlekraftwerks in Lubmin, das den Kohlendioxid-Ausstoß des Landes auf 30 Jahre massiv erhöhen werde.

An der etwa 40 Seiten starken Studie haben mehr als 50 Wissenschaftler und Experten als Autoren mitgewirkt. Beteiligt waren unter anderem die Universitäten Rostock und Greifswald, das Landesamt für Umwelt, Naturschutz und Geologie in Güstrow und das Leibniz-Institut für Ostseeforschung Warnemünde.

STUDIE ZUM KLIMASCHUTZ

Die Studie finden Sie auf der Website des Landtages unter:

[www.landtag-mv.de/
dokumentenarchiv/
drucksachen/5_Wahlperiode/
D05-1000/Drs05-1465.pdf](http://www.landtag-mv.de/dokumentenarchiv/drucksachen/5_Wahlperiode/D05-1000/Drs05-1465.pdf)

Agrarpolitik der EU in der Kritik

Parlamentarier sprechen sich gegen geplante Kürzungen aus

■ Die Gesundheitsprüfung der EU-Kommission zur gemeinsamen Agrarpolitik und deren Auswirkungen auf die hiesige Landwirtschaft standen im Mittelpunkt einer Debatte am 4. Juni im Landtag, die von den Regierungsfractionen beantragt wurde. Einige der Vorschläge der EU zum so genannten Health Check lassen massive Verschlechterungen für die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern befürchten, hieß es in dem SPD/CDU-Antrag.

Als die Kommission für 2008 eine „Gesundheitsprüfung der Gemeinsamen Agrarpolitik“ ankündigte, sollte es eigentlich nur um technische Korrekturen gehen, sagte **Angelika Peters** (SPD). Die Grundsätze der Agrarreform von 2003 sollten zehn Jahre lang gelten. Doch jetzt seien nach Betriebsgrößen gestaffelte Kürzungen der Direktzahlungen für Agrarbetriebe vorgeschlagen worden. Dies sei nicht akzeptabel. Damit würden Großbetriebe vor allem in Mecklenburg-Vorpommern benachteiligt. „Der Health Check darf nicht die Grundlage für eine Richtungsänderung der EU-Agrarpolitik werden“, sagte die Abgeordnete und forderte Stabilität bis 2013.

„Mecklenburg-Vorpommern ist die Region in Europa, die am stärksten von der Kürzung der Direktzahlungen betroffen ist“, sagte Landwirtschaftsminister **Dr. Till Backhaus**. „Unsere Betriebe würden 2012 mehr als 43 Millionen Euro verlieren“, erklärte der Minister. Die Kommission schlägt laut Backhaus vor, Zahlungsempfängern mit mehr als 5.000 Euro pro Jahr ab 2009 die Beihilfen um 7 Prozent zu kürzen, 2010 um 9, 2011 um 11 und 2013 schließlich um 13 Prozent. Die zusätzliche so genannte progressive Modulation sehe vor, bei Direktzahlungen von 100.000 bis 200.000 Euro pro Jahr um weitere 3 Prozent, bei 200.000 bis

300.000 Euro um 6 Prozent und bei mehr als 300.000 Euro um 9 Prozent zu kürzen. Den großen Betrieben in Mecklenburg-Vorpommern würden schon 2009 rund 18,7 Millionen Euro verloren gehen, 2013 seien es rund 43,5 Millionen. Die Mittel sollen in den ländlichen Raum fließen, aber es fehle das Geld zur Kofinanzierung. „Das Geld ist im Landeshaushalt nicht eingeplant“, sagte Backhaus. Eine Umverteilung der Mittel nach Süd- oder Westdeutschland wäre somit vorprogrammiert. In Mecklenburg-Vorpommern wären dem Minister zufolge „gerade die Betriebe massiv getroffen, die viele Tiere halten und die viele Arbeitskräfte beschäftigen“. In jenen Punkten aber, wo der „Health Check“ auf mehr Wettbewerbsgleichheit und auf größere Marktorientierung ausgerichtet sei, finde er seine Zustimmung, betonte Dr. Backhaus. Insbesondere in der Frage der Modulation erwarte er aber, dass die Bundesregierung bei einem klaren „Nein“ bleibe. „Die Diskussionen gehen jetzt auf europäischer und nationaler Ebene erst richtig los“, sagte der Minister.

Prof. Dr. Fritz Tack (DIE LINKE) stellte eine große Übereinstimmung aller demokratischen Fraktionen in dieser Frage fest. Die geplanten Kürzungen würden insbesondere den Kern der ländlichen Räume treffen. Denn die großen landwirtschaftlichen Betriebe seien oft die einzigen Arbeitgeber im Dorf und so auch „Stütze des dörflichen Zusammenlebens“. Setze sich die EU-Kommission mit ihren Vorschlägen durch, schade das der Entwicklung des ländlichen Raumes – den die EU-Kommission mit den Neuerungen eigentlich stärken wollte. „Mit den gekürzten Einkommen der Bauern will man Klimaschutz, Wassermanagement und erneuerbare Energien fördern“, erklärte er. Aber diese Mittel dürften nicht durch „Sägen an dem Ast, auf dem man sitzt“ zusammengebracht werden.

Dr. Henning von Storch sprach sich im Namen der CDU-Fraktion ebenfalls gegen die geplanten Kürzungen aus. Er befürchtet zudem, dass Mittel in ländliche Bereiche der neuen EU-Mitgliedsstaaten umgeleitet werden, die erheblich weiter zurück sind. So könnte seiner Meinung nach das Beihilfevolumen für Deutschland sinken. „Die Rahmenbedingungen der EU, wie sie 2003 bis zum Jahr 2013 festgelegt worden sind, dürfen nicht in der laufenden Förderperiode verändert werden“,

forderte er. Es müsse bei der Höhe der bisherigen Beihilfen bleiben und es dürfe keine Abstufung nach der Größe der Betriebe geben.

Auch die Liberalen betrachteten das EU-Vorhaben mit Sorge, sagte **Sigrun Reese** (FDP). Von den Kürzungen wären rund 90 Prozent der ostdeutschen Landwirtschaftsbetriebe betroffen. Die nötigen Mittel zur Kofinanzierung könnten vielerorts gar nicht bereitgestellt werden. „Wir tragen die Kürzungen nicht mit“, sagte die Parlamentarierin.

Raimund Borrmann (NPD) findet, „die EU-Agrarpolitik macht krank“. Die Landesregierung schaue ohnmächtig zu. Auf die „wankelmütige EU“ sei kein Verlass. Den Großbetrieben schlug er vor, so viele Töchter und Enkel zu gründen, dass sie trotzdem gefördert werden.



Foto: Jens Büttner

Von den geplanten Kürzungen der EU-Direktzahlungen wären vor allem die großen Agrarbetriebe in Mecklenburg-Vorpommern betroffen.

HEALTH CHECK

Die Europäische Kommission hat im November 2007 ihren Entwurf für eine Vereinfachung und weitere Modernisierung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) veröffentlicht. Der so genannte „Gesundheits-Check“ der GAP soll die Umsetzung der tief greifenden Agrarreform aus dem Jahr 2003 verbessern und zu weiteren Vereinfachungen führen. Beim Gesundheitsscheck soll es um folgende drei Fragen gehen:

Wie lässt sich die Betriebsprämienregelung wirksamer, effizienter und einfacher gestalten? Wie können die ursprünglich für eine Gemeinschaft von sechs Mitgliedstaaten konzipierten Marktstützungsinstrumente so umgestaltet werden, dass sie auch in einer zunehmend globalisierten Welt und einer Union mit 27 Mitgliedstaaten noch sinnvoll sind? Und wie können die neuen Herausforderungen wie Klimaveränderung, zunehmende Bedeutung der Biokraftstoffe und Wasserbewirtschaftung gemeistert werden?



Foto: Jens Büttner

Niclas schnuppert bei der Kinder-Uni in Wismar schon mal Hochschulluft.

Mehr Freiheiten für Hochschulen

Vorstoß der FDP abgelehnt

■ Die oppositionelle FDP hat am 4. Juni im Landtag keine Mehrheit für ihren Vorschlag gefunden, die Hochschulautonomie erheblich auszubauen. In ihrem Antrag hatten die Liberalen gefordert, im Rahmen eines Modellversuchs der Hochschule Wismar weit reichende Freiheiten einzuräumen.

Dazu sollte nach Angaben des FDP-Bildungsexperten **Hans Kreher** auch die Entscheidung über die Erhebung von Gebühren gehören. Zudem sollen Finanz-, Bau- und Personalfragen allein von der Hochschulleitung entschieden werden. Die Hochschule Wismar ist nach Ansicht des liberalen Politikers ein „idealer Kandidat“ für einen solchen Modellversuch. Bildungsminister **Henry Tesch** verwies darauf, dass die Landesregierung in den

zurückliegenden Jahren die Entscheidungsspielräume der Hochschulen bereits deutlich ausgedehnt habe und auf diesem Weg auch weitergehen wolle. Eine einseitige Bevorzugung werde es dabei aber nicht geben. „Unser Ziel ist es, die Bedingungen für alle zu verbessern, damit sie sich flexibel aufstellen und eigene Strategien entwickeln können“, sagte der Minister. Die Landesregierung werde alle sechs Hochschulen im Blick behalten. Er kündigte für die nächsten Wochen eine Gesetzesnovelle an.

Die Hochschulen bräuchten zwar Freiräume, sagte **Mathias Brodkorb**, hochschulpolitischer Sprecher der SPD. Aber die Rolle des Staates müsse dennoch angemessen sein. „Solange Hochschulen öffentlich finanziert werden, muss es eine vernünftige Balance zwischen beiden Seiten geben“, forderte er.

Der Vorsitzende der Linksfraktion, **Prof. Dr. Wolfgang Methling**, warf der FDP vor, mit ihren Vorschlägen den „schleichenden Einstieg in die Privatisierung“ der Hochschulen vorantreiben zu wollen. Manche Vorschläge – wie mehr Zuständigkeit von Hochschulen für Bauangelegenheiten oder mehr Befugnisse in Personalfragen – teile seine Partei in etwa. An anderer Stelle übte der Politiker der Lin-

ken aber harsche Kritik. Er warf der FDP vor, durch die Hintertür Studiengebühren einführen zu wollen. „Das lehnen wir ab“, sagte Methling.

Die Koalition werde sich nicht von FDP-Abgeordneten aus Wismar diktieren lassen, welche Hochschulen für einen Modellversuch in Frage kommen, sagte **Ilka Lochner-Borst**, Hochschul-Expertin der CDU. Mehr Autonomie für die Hochschulen sehe der Koalitionsvertrag ohnehin vor. Ihre Fraktion werde den Vorschlag ablehnen.

Birger Lüssow (NPD) warnte davor, die Universitäten zu Wirtschaftsbetrieben zu machen. „Selbst im Mittelalter waren die Unis frei. Und heute fordern Sie ein Diktat des Geldes“, sagte er. Er sprach sich gegen die Einführung der Gesetze des Marktes an den Hochschulen aus. „Wir lehnen den Antrag ab“, betonte er.

Vizepräsident **Hans Kreher** wies den Vorwurf, Studiengebühren einführen zu wollen, als Unterstellung zurück. Zudem sei Wismar nur als Beispiel für den Modellversuch genannt worden. Neubrandenburg oder Stralsund kämen genauso in Frage. „Hauptsache, wir kommen endlich mal voran.“

Der Vorschlag wurde mit Gegenstimmen aus allen anderen Fraktionen abgelehnt.

Freies Mittagessen an Grundschulen

Volksinitiative wird in Ausschüssen beraten

■ Die Volksinitiative für ein kostenfreies Mittagessen an den staatlichen Grundschulen Mecklenburg-Vorpommerns hat den Landtag auf seiner Sitzung am 5. Juni beschäftigt und wird auch in den nächsten Wochen Thema für die Abgeordneten bleiben. Das Parlament überwies die Initiative, die von 17.500 Menschen im Land unterschrieben worden war, nach der Debatte einstimmig zur weiteren Beratung in die Ausschüsse für Bildung, Finanzen und Inneres. Als ein großes Problem wird die Finanzierung angesehen. Die Kosten werden auf etwa 20 Millionen Euro jährlich geschätzt. Bei dieser Schätzung ging DIE LINKE, die die Volksinitiative mit initiiert hatte, von einem durchschnittlichen Preis von 2,30 Euro für ein Schulmittagessen aus.

Die SPD-Abgeordnete **Heike Polzin** begrüßte das Anliegen der Volksinitiative grundsätzlich. Es sei ein wichtiges Thema, sagte sie. Bereits von August an sollen bedürftige Kindergartenkinder ein kostenfreies Mittagessen bekommen. „Wir sind äußerst unzufrieden, dass wir keinen größeren Sprung machen konnten“, sagte die Parlamentarierin. Der Kindergarten sei ein Anfang. „Wir bleiben an dem Thema dran und werden es Schritt für Schritt abarbeiten.“ Der nächste Schritt seien die Grundschulen. Heike Polzin verwies aber auch auf die Verantwortung der Eltern. Sie vermisse teilweise die Einstellung, dass das Wohl der Kinder an erster Stelle steht. Zudem verwies sie auf die finanziellen Risiken eines kostenfreien Mittagessens für die Grundschüler. Man müsse überlegen, was machbar ist.

Prof. Dr. Wolfgang Methling, Fraktionschef der Linken und Mitinitiator der Volksinitiative, zeigte sich erfreut über die Diskussionsbereitschaft der SPD in dieser Sache. Die Zahl der Kinder, die nicht am Schulessen teilnehmen, steige. Seit der Einführung von Hartz IV seien immer weniger Eltern in der Lage, das Essengeld zu bezahlen. „Mehr als 60 Prozent der Grundschüler nehmen in der Schule keine warme Mahlzeit zu sich“, wies er auf das Problem hin. In einem kostenlosen Mittagessen sieht er einen Beitrag zur Chancengleichheit. Er hoffe, dass bei der Diskussion in den Ausschüssen ein tragfähiger Kompromiss gefunden wird. Bei dem kostenfreien Mittagessen für Grundschüler soll es sich seinen Angaben nach um einen Einstieg handeln. In der Perspektive werde es notwendig sein, dass alle Schü-

ler kostenfrei in der Schule essen können. Der CDU-Abgeordnete **Marc Reinhardt** warf der Linken vor, das demokratische Instrument der Volksinitiative verantwortungslos eingesetzt zu haben. Auch hätten sie nichts für ein kostenfreies Schulmittagessen unternommen, als die Partei an der Landesregierung beteiligt war. „Wo stehen die Töpfe für ein kostenfreies Mittagessen im Land?“, fragte er in Anspielung auf die ungeklärte Finanzierung. Die Abgeordneten der Linken sollen bei der Beratung in den Ausschüssen sagen, woher das Geld kommen soll. Gesundes, regelmäßiges Essen ist nach Auffassung von **Ralf Grabow**, sozialpolitischer Sprecher der FDP, wichtig für Kinder. Er kritisierte aber, dass es nur um Kinder in staatlichen Grundschulen gehen soll. „Das lehnen wir ab. Das verzerrt den Wettbewerb“, betonte er.

Nach den Worten von Bildungsminister **Henry Tesch** ist das Anliegen, ein kostenfreies Mittagessen zunächst für die sechs- bis zehnjährigen Schüler einzuführen, von „hoher gesamtgesellschaftlicher Relevanz“. Eine zunehmende Zahl von Kindern komme ohne Frühstück oder Schulbrot in die Schule und bekomme von den Eltern unregelmäßig oder nie Essengeld fürs Mittag mit, sagte er. Ermüdung und Unkonzentriertheit der betroffenen Kinder seien die Folgen, die bis zum Lernversagen führten. Er halte eine Unterstützung gerade dieser Kinder für wichtig, sagte Tesch. Auf deren Familien müsse von staatlicher und kommunaler Seite stärker eingewirkt werden. „Die erste Fürsorgepflicht für die Kinder liegt bei den Eltern“, betonte der Minister.

Statt Millionen für den G8-Gipfel auszugeben, hätte das Geld sinnvoller eingesetzt werden können, meinte **Tino Müller** (NPD). „Sie geben Geld für Dinge aus, die niemand braucht“, sagte er zur Frage der fehlenden Finanzierung eines kostenfreien Mittagessens. Seine Partei unterstütze das Anliegen der Volksinitiative.

Angelika Gramkow (DIE LINKE) verwies auf staatliche Zuschüsse zum Schulmittagessen in anderen Bundesländern. So koste ein Mittagessen in Hessen nur zwei Euro. In Berlin müssten die Eltern maximal 23 Euro im Monat bezahlen. Mit der Volksinitiative liege eine „Maximalforderung“ auf dem Tisch, sagte sie. „Wir würden uns aber auch Zwischenschritten nicht verweigern.“



Foto: Jens Bürtner

Kinderbetreuung erneut Thema im Landtag

Parlament diskutierte Anträge von FDP und LINKE

■ Die Kinderbetreuung war nach Anträgen der beiden Oppositionsfraktionen FDP und DIE LINKE erneut Thema im Parlament. So hatte die FDP auf der Landtagsitzung am 5. Juni die Landesregierung aufgefordert, das aktuelle Kita-Gesetz unter verschiedenen Aspekten zu überprüfen. DIE LINKE verlangte am 6. Juni von der Regierung Auskunft, wie trotz Mittelkürzungen im Vorschulbereich eine chancengleiche Entwicklung der Kinder gesichert werden soll. Die Fraktion steht einer Mittelumschichtung zugunsten geringerer Elternbeiträge kritisch gegenüber. Beide Anträge fanden keine Mehrheit im Parlament.

Die FDP hat die Regierungsparteien SPD und CDU aufgefordert, bei der Neufassung des Kindertagesförderungsgesetzes den Rat von Fachleuten ernst zu nehmen. Die jüngste Anhörung zu dem Thema im Sozialausschuss habe Vertretern von Verbänden und Kirchen den Eindruck vermittelt, dass ihre Meinung gar nicht gefragt sei. „So können wir mit Fachleuten nicht umgehen“, sagte Sozialexperte **Ralf Grabow** bei der Begründung des Antrages seiner Fraktion. Die Landesregierung solle unter anderem die Personalausstattung in den Kitas verbessern, die Öffnungszeiten stärker an den Bedürfnissen berufstätiger Eltern ausrichten und innovative Formen der Kindertagesbetreuung prüfen.

Ben künftig regional unterschiedliche Maßstäbe anzulegen, um gezielt auf soziale Besonderheiten reagieren zu können. Für September kündigte der Minister eine weitere Fachkonferenz zum Kita-Gesetz des Landes an.

Umstritten sind derzeit auch die Mittelkürzungen für die vorschulische Bildung zugunsten verminderter Elternbeiträge. **Dr. Marianne Linke**, Sozialexpertin der Fraktion DIE LINKE, verwies darauf, dass diese auch von den Kita-Trägern abgelehnt werden. „Kinder brauchen ein anregungsreiches Bildungsangebot über den ganzen Tag verteilt“, sagte sie und forderte Ganztagsplätze.

Vom 1. August 2008 an sollen Eltern um 70 bis 80 Euro je Kita-Platz entlastet werden. Damit löst die CDU ein Wahlversprechen ein. Die SPD setzte durch, dass Kinder aus einkommensschwachen Familien künftig nicht mehr für das Mittagessen in der Kita zahlen müssen.

Martina Tegtmeier (SPD) sah in dem Antrag der FDP „überhaupt keine neuen Ideen“. Die geforderten Punkte seien fast alle bereits in der Prüfung, sagte sie. Die NPD lehnte den Antrag ebenfalls ab. Die Ganztagsbetreuung,

wie sie von der FDP gefordert werde, sei nicht die richtige Weichenstellung, sagte **Stefan Köster** für seine Fraktion.

In der Debatte am 6. Juni schlug DIE LINKE unter anderem vor, das Geld statt in die Senkung der Elternbeiträge lieber in eine

bessere Betreuung und Bildung der Kinder zu stecken. **Dr. Marianne Linke** kritisierte die Kürzungen bei der vorschulischen Bildung erneut. „Kita-Förderung ist Integration“, sagte sie. „Mittelkürzung ist Ausgrenzung.“

Martina Tegtmeier von der SPD und Harry Glawe von der CDU verteidigten dagegen die Beschlüsse der Koalition. Der Antrag sei „ein reines Nachkarten“ der LINKEN, sagte die SPD-Politikerin. Die Koalition habe bereits einen Kompromiss gefunden. **Harry Glawe** verwies auf zusätzliche Bundesmittel, die für den Ausbau im Krippenbereich bereit stünden.

Durch diese zusätzlichen Mittel stehen nach Worten von Sozialminister **Erwin Sellering** sogar mehr Gelder für Bildungsinvestitionen zur Verfügung. Statt sieben Millionen würden es mit der Hilfe des Bundes nun elf Millionen Euro sein. Die Kürzung von rund sieben auf fünf Millionen Euro im vorschulischen Bereich des Landes werde dadurch „mehr als aufgewogen“. Der Minister verwies auch auf weitere Verbesserungen in den Kitas. So sollen von August an die Elternbeiträge im letzten Kindergartenjahr vor Schulbeginn um etwa 75 Euro sinken. Zudem soll ebenfalls von August an das Mittagessen für Kita-Kinder aus Hartz-IV-Familien kostenfrei sein.

Auch die FDP kritisierte die Streichung von zwei Millionen Euro in der vorschulischen Bildung zugunsten der niedrigeren Elternbeiträge. „Das ist kontraproduktiv“, sagte **Ralf Grabow** von den Liberalen.

Stefan Köster (NPD) forderte, das Geld für einen Krippenplatz den Eltern zur Verfügung zu stellen. Denn die Erziehung durch die Eltern sei das wichtigste für den Nachwuchs.

Birgit Schwebs (DIE LINKE) sprach von einer „Koalition der Ignoranz“. Die Mittelkürzung werde entweder eine Einschränkung des Angebots für Vorschulkinder oder eine Erhöhung der Beiträge nach sich ziehen. Darauf hätten Fachleute in der Anhörung hingewiesen. „All das ignorieren Sie“, kritisierte die Parlamentarierin.

In Mecklenburg-Vorpommern besuchen mehr als 90 Prozent der Drei- bis Sechsjährigen den Kindergarten. Von den unter Dreijährigen werden mehr als ein Drittel in Krippen oder bei Tagesmüttern betreut.



Foto: Jens Büttner

Sozialminister **Erwin Sellering** verwies auf das gute Abschneiden Mecklenburg-Vorpommerns in einem bundesweiten Vergleich der Kinderbetreuung. Doch wolle das Land die Bedingungen weiter verbessern und dafür auch das Gesetz ändern. Er regte an, bei den Gruppengrößen

Sind Sie für Kopfnoten im Schulzeugnis?



Hans Kreher

Sprecher für Bildung, Wissenschaft und Kultur der FDP-Fraktion



Marc Reinhardt

Bildungspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion

■ Wir fordern eine optimale Betreuung der Lern- und Sozialkompetenz statt Diskriminierung durch Kopfnoten. Die Kopfnotenverordnung lehnt die FDP-Fraktion daher ab. Ein Bewertungssystem, das sich auf vier Begriffe reduziert und Bestandteil der Schullaufbahnempfehlung wird, nützt niemandem. Statt weiterer Hürden im Bildungsweg der Kinder, sollte es zu einer besseren Betreuung von Lern- und Sozialkompetenz im Rahmen der selbstständigen Schule an unseren Schulen kommen. In Absprache zwischen Schule und Eltern können Regelungen getroffen werden, die allen Seiten nützen und akzeptiert werden.

Die Anhörung der Eltern-, Lehrer- und Schülerverbände hat viele Probleme zu Tage gebracht. Selbst Befürworter kritisieren die vorgesehenen Begrifflichkeiten, wie z. B. „entwicklungsbedürftig“ zur Bewertung des Sozial- und Arbeitsverhaltens. Bei der praktischen Umsetzung der Verordnung ging die positive Grundintention des Vorhabens verloren. Statt, wie im § 1 Ziele und Aufgaben der Verordnung beschrieben, die Vermittlung und den Erwerb der Kompetenzen des Arbeits- und Sozialverhaltens in den Mittelpunkt zu stellen, wird hier vorrangig nach einem einfachen Raster gesucht, welches Schülern und Lehrern wenig Raum zur sinnvollen Auseinandersetzung lässt. So wird lediglich Druck auf die Schüler ausgeübt. War das die Absicht? Lernen kann nur aus Einsicht und Eigenmotivation erfolgen und nicht als Resultat von Drill. Pädagogikinstrumente aus der Mottenkiste lehnen wir entschieden ab.

Das Parlament hätte zudem früher einbezogen werden müssen. Die Verordnung hat weitreichende Konsequenzen für die Bildungspolitik im Land und bedarf daher des breiten Einvernehmens, was aber nicht in Sicht ist. Der oft gehörte Debattensatz, man solle doch einfach mal anfangen, zeigt, wie wenig sich die Regierung darüber im Klaren ist, dass der angerichtete Schaden für den einzelnen Schüler kaum rückgängig gemacht werden kann. Wir hätten uns mehr Sorgfalt und Verantwortungsbewusstsein von der Regierung gewünscht.

■ **Entsprechend einer Verordnung des Bildungsministeriums soll ab dem neuen Schuljahr das Arbeits- und Sozialverhalten der Schüler bewertet werden. Beurteilt werden Anstrengungsbereitschaft, Mitarbeit und Fleiß, Zuverlässigkeit, Pünktlichkeit und Sorgfalt, Selbstständigkeit, Belastbarkeit und Ausdauer sowie Umgangsformen und Einhaltung von Regeln, Teamfähigkeit und Verantwortungsbereitschaft, Konfliktverhalten und Kritikfähigkeit, Hilfsbereitschaft. Hierfür gelten vier Bewertungsgrade: vorbildlich, gut, zufriedenstellend und entwicklungsbedürftig.**

Den Wortlaut der Verordnung finden Sie auf der Internetseite des Bildungsministeriums unter: www.regierung-mv.de

■ Im Mai 2008 fand eine Anhörung zur Verordnung über die Bewertung des Arbeits- und Sozialverhaltens statt. Und die überwiegende Mehrheit der Gehörten hat dies begrüßt. Auch dies ist für mich ein Grund, die am 1. August 2008 in Kraft tretende Verordnung klar zu befürworten.

Schule hat einen Bildungs- und einen Erziehungsauftrag. Der Erfolg bzw. die Ergebnisse des Bildungsauftrages spiegeln sich für Schüler und Eltern in den Noten für die einzelnen Fächer wider. Gleiches gilt für den Erziehungsauftrag bisher noch nicht. Künftig soll nun auch das Arbeits- und Sozialverhalten bewertet werden. Die entsprechende Verordnung sieht eine kontinuierliche Einschätzung in offener Form vor, die auf Zensuren verzichtet. Die Bewertungskriterien und -grade sind konstruktiv angelegt und geben dem Schüler Anregungen für die Weiterentwicklung seiner sozialen Kompetenzen.

Ehrlich gesagt, weiß ich nicht, was so schlecht daran sein soll, wenn einem sonst im Durchschnitt befriedigenden Schüler bescheinigt wird, dass seine Zuverlässigkeit, Pünktlichkeit und Sorgfalt, dass seine Teamfähigkeit und Verantwortungsbereitschaft vorbildlich und gut sind. Es hat auch der Schüler bei der Lehrstellensuche eine Chance verdient, bei dem die Noten in den Fächern nicht so gut sind, aber an dessen Anstrengungsbereitschaft, Selbstständigkeit und Kritikfähigkeit nichts auszusetzen ist. In der heutigen Berufswelt sind nicht nur die guten Spezialisten und Fachleute gefragt. Mindestens ebenso wichtig ist, ob der künftige Mitarbeiter und Kollege ein ausgeprägter Teamplayer ist, Verantwortung übernimmt, belastbar ist und ausdauernd arbeiten kann.

Für jemanden, der Null-Bock auf rein gar nichts in und außerhalb der Schule hat, ist jede Art von Bewertung und Beurteilung eine Katastrophe. Diese Schüler sind für mich jedoch nicht der Maßstab.

Gemeinsam gegen „Bombodrom“

**Länderübergreifende Anhörung
in Rheinsberg**

■ **„Uns haben Sie an ihrer Seite“ versicherte der Vorsitzende des Innenausschusses Dr. Norbert Nieszery den Bürgerinitiativen, die sich gegen das „Bombodrom“ in der Kyritz-Ruppiner Heide wehren.**

Anlass für dieses deutliche Bekenntnis war die gemeinsame öffentliche Anhörung des Hauptausschusses des Landtages Brandenburg und des Innenausschusses des Landtages von M-V zum Luft-Boden-Schießplatz in der Kyritz-Ruppiner Heide.

Schon seit vielen Jahren gibt es Widerstand gegen die Planungen des Bundesverteidigungsministeriums, diesen Schießplatz wieder in Betrieb zu nehmen. Mehrere Bürgerinitiativen und Wirtschafts- und Tourismusverbände sowie Kommunen und Bundesländer begründeten vor den Abgeordneten umfassend ihr Engagement gegen die militärische Nutzung dieses bekannten Erholungsgebietes. Neben den eigentlichen Schießübungen könnten die damit verbundenen Flüge vom Bundeswehrstandort Rostock-Laage Touristen abschrecken. Klar ist aber, dass der Tourismus der wichtigste Wirtschaftssektor in der Region ist.

Die Anzuhörenden waren sich deshalb mit allen Abgeordneten beider Landtage einig, dass das „Bombodrom“ nicht wieder in Betrieb genommen werden darf. Ohne den ausdauernden Kampf der Bürgerinitiativen hätte die Wiederinbetriebnahme nicht so lange verhindert werden können, doch ein dauerhaftes Ergebnis

könnte nur auf politischer Ebene erreicht werden. Nach gut zweistündiger Sitzung im Schlosstheater von Rheinsberg wurde mit der Annahme einer von Mecklenburg-Vorpommern vorbereiteten Entschließung noch einmal die Ablehnung der Pläne des Bundesverteidigungsministeriums betont. Der Vorsitzende des Hauptausschusses des brandenburgischen Landtages Günter Baaske versprach: „Wir werden nicht locker lassen, um die für die gesamte Region befürchteten wirtschaftlichen Beeinträchtigungen zu verhindern.“ Mit der gemeinsamen Sitzung in Rheinsberg hat der Innenausschuss den Beschluss des Landtages Mecklenburg-Vorpommern vom 14. Dezember umgesetzt (Drs. 5/ 1056), Darin wurde unter anderem zu Aktivitäten über die Landesgrenzen hinweg aufgefordert, um die Wiederinbetriebnahme des „Erbes des Kalten Krieges“, wie der Luft-Boden-Schießplatz auch bezeichnet wird, zu verhindern.



Stephen Brown

Foto: Dirk Lange

■ **Ein Vergleich zwischen Mecklenburg-Vorpommern und Ohio**

Als ich gebeten wurde, einen Artikel für die Landtagsnachrichten zu schreiben, war ich recht aufgeregt darüber, dass ich Gelegenheit erhalten sollte, meine Eindrücke als Praktikant in der Landtagsverwaltung aus der Sicht eines amerikanischen Studierenden darzulegen. Als Thema meines Beitrages wählte ich aufgrund meines akademischen Interesses den Vergleich der unterschiedlichen Sichtweisen in den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik zu interkulturellen, politischen und wirtschaftlichen Sachverhalten. Ich möchte dieses Thema aus der

Sicht meines heimatlichen Bundesstaates Ohio und meines Gastgeberlandes Mecklenburg-Vorpommern behandeln.

Mein bisheriges Verständnis von Mecklenburg-Vorpommern und Schwerin war sehr von der Medienberichterstattung geprägt: ein Land mit einer leistungsschwachen Wirtschaft und teilweise extremistischen Tendenzen bestimmter politischer Kreise. Heute, nachdem ich bereits einige Wochen hier bin, finde ich diese Ansicht recht unklar und zu einseitig. Das politische und gesellschaftliche Umfeld hier sind eigentlich nicht viel anders als in Michigan oder Ohio, wo es ebenfalls einen wirtschaftlichen Strukturwandel und infolge dessen eine hohe Arbeitslosigkeit gab.

Meiner Meinung nach gibt es zwischen Mecklenburg-Vorpommern und meinem Bundesstaat Ohio mehr Ähnlichkeiten als Unterschiede. Ein geographischer Vergleich zeigt: beide Länder werden von Gewässern beeinflusst – Mecklenburg-Vorpommern durch seine Ostseeküste und Ohio durch den nördlich gelegenen Eriesee. Beide Regionen sind stark landwirtschaftlich geprägt. Beide verfügen über ausgedehnte Acker- und Waldflächen. Natürlich sind die Geschichte und

die kulturelle Entwicklung der beiden Länder kaum zu vergleichen, aber ihr heutiges Erscheinungsbild ist sehr ähnlich. In Ohio hat die Konjunktur nach der Wirtschaftskrise 2001 immer noch nicht wieder an Fahrt gewonnen. Der Staat erlebt eine hohe Arbeitslosigkeit. Aufgrund der hohen Lohnkosten verlagern viele Unternehmen ihre Produktion ins Ausland. Ebenso wie um Mecklenburg-Vorpommern haben krisenhafte Entwicklungen in andere Staaten auch um Ohio keinen Bogen gemacht. Obwohl die Gründe in Mecklenburg-Vorpommern andere sein mögen, ist die Hauptursache dieser Probleme im Strukturwandel zu sehen. Wird dieser bewältigt, so wird eine allgemeine Verbesserung eintreten.

Als politisch interessierter Studierender der Germanistik bin ich natürlich auf die zukünftige Rolle Deutschlands und des deutschsprachigen Raumes gespannt.

Stephen Brown

Stephen Brown (22) studiert am College of Wooster Internationale Beziehungen und Germanistik. Zurzeit recherchiert er in Deutschland für seine Abschlussarbeit zur Erlangung des akademischen Grades eines Bachelor of Arts (BA) zum Thema „Vergleich der Wirtschaftspolitik Deutschlands und der USA“. Hierzu absolviert er von Mitte Mai bis Ende Juli ein Praktikum im Landtag Mecklenburg-Vorpommern.

„WIR. Erfolg braucht Vielfalt“

Landtag lud zum Tag des offenen Schlosses ein

■ Im Rahmen des Schlossfestes lud der Landtag am 1. Juni zum Blick hinter die Kulissen des Parlaments ein. Tausende nutzten die Chance, sich über die Arbeit der Abgeordneten zu informieren, normalerweise nicht öffentlich zugängliche Bereiche des „schönsten Parlamentsitzes Deutschlands“ zu besichtigen, interessante Podiumsdiskussionen zu verfolgen und mit den Abgeordneten ins Gespräch zu kommen.

Wie in den Vorjahren waren der Plenarsaal sowie zahlreiche Sitzungs- und Arbeitsräume der Abgeordneten zugänglich – darunter auch das Ältestenratszimmer und die Bibliothek des Landtages. In Räumen auf der zweiten und dritten Etage erläuterten Abgeordnete sowie Mitarbeiter der Landtagsverwaltung die Arbeit in den Fachausschüssen des Parlaments. Auch der Bürgerbeauftragte und der Landesbeauftragte für den Datenschutz standen für Gespräche zur Verfügung. Im Plenarsaal und im Festsaal diskutieren Abgeordnete aller Fraktionen zu verschiedenen politi-

schen Themen. Die Landtagsfraktionen präsentierten sich im Schlossinnenhof. Im NDR-Landtagsstudio, das sich ebenfalls im Schloss befindet, erläuterten Journalisten ihre Arbeit. Zu den Höhepunkten des Programms zählten die Besichtigung der Schlosskirche und der Aufstieg in die goldene Kuppel.

Vor dem Hauptportal des Schlosses stellen Initiatoren und Unterstützer des Bündnisses „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“ das Anliegen und geplante Aktionen der Kampagne vor.



Foto: Cornelius Kettler

Tausende nutzen die zahlreichen Angebote zum Schauen und Informieren am Tag des offenen Schlosses.

Von BUGA bis Familienpolitik

Podiumsdiskussionen am Tag des offenen Schlosses

Streitkultur lernen

Das Bündnis „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“ will für ein demokratisches, freiheitliches und weltoffenes Mecklenburg-Vorpommern werben. Die von Landtag, Kirchen, Künstlern, Gewerkschaften und Unternehmensverbänden getragene Initiative ist im April im Schloss gestartet worden. Zum Tag der offenen Tür haben Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider, Uwe Kunkel vom norddeutschen Wirtschaftsverband AGV, Ingo Schlüter vom DGB Nord, Bürgerrechtler Heiko Lietz, Fußballprofi René Rydlewicz und Oberstaatsanwältin Sybille von Massow, Mitinitiatorin des Jugendrechtshauses Schwerin, über das breite Bündnis für Demokratie und Toleranz diskutiert.

Bislang unterstützen Landtagspräsidentin **Sylvia Bretschneider** zufolge mehrere hundert Menschen „vom Azubi bis zum Rentner“ die Kampagne. „Wir wollen ein Dach für Bürgerinitiativen und Vereine sein“, betonte sie. Das Angebot werde bereits genutzt. „Wer, wenn nicht wir.

Wann, wenn nicht jetzt“, erinnerte **Heiko Lietz** an ein Motto zu Wendezeiten, das auch heute Gültigkeit habe. „Wir müssen begreifen, dass wir selbst Verantwortung übernehmen müssen“, sagte er angesichts jüngster Wahlerfolge der rechtsextremen NPD. „Parteien, die eine Diktatur und die Abschaffung der Demokratie wollen, können nie die Freunde der Wirtschaft sein“, begründete **Uwe Kunkel** sein Engagement. „Vielleicht ist die soziale Marktwirtschaft nicht das Nonplusultra. Aber es gibt nichts Besseres“, zeigte sich der Unternehmer überzeugt. Dem stimmte auch **Ingo Schlüter** zu. Viele Menschen vermissen das Gefühl der sozialen Sicherheit und fühlten sich deklariert. Aber für seine Rechte könne man heute streiten, beispielsweise im Tarifkonflikt. „Streit ist ein Privileg“, betonte er. Doch vielen Menschen sei das zu kompliziert. Meinungsfreiheit müsse als Errungenschaft begriffen werden, meinte **Sybille von Massow**. Das sei auch ein Motiv für



Foto: Claudia Richter



Foto: Cornelius Kettler



Foto: Claudia Richter



Foto: Stefan Janssen



Foto: Manfred Obera



Foto: Uwe Baleski



Foto: Stefan Janssen



Foto: Claudia Richter

die Gründung des Jugendrechtshauses gewesen. Die Initiatoren gehen mit ihren Projekten auch in die Schulen. „Dort wollen wir aktiv für Demokratie werben“, betonte sie. Dafür müsse auch eine „Streitkultur“ erlernt werden. Das geschehe im Fußball fast täglich, betonte **René Rydlewicz**. Doch sei eine klare Haltung notwendig. „Ich habe kein Verständnis für Ausländerfeindlichkeit. Gerade in einer Mannschaft profitiert jeder vom respektvollen Umgang mit dem anderen.“ Die Initiative, so waren sich die Teilnehmer einig, solle zur Bewegung werden. Ein Ende ist nicht geplant.

Tourismusland Nummer Eins

Mecklenburg-Vorpommern ist ein Tourismusland. Im Sommer Nr. 1 in der Beliebtheitskala in Deutschland. Auch in der Nebensaison gibt es Zuwächse – 4,7 Millionen Übernachtungen bis Ende April, ein Plus von 3,7 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Eine große Chance, die aber auch Risiken birgt. Darüber diskutierten Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider, Mathias Löttge (CDU), Helmut Holter (DIE LINKE), Sebastian Ratjen (FDP) und Udo Pastörs (NPD).

„Wir dürfen uns nicht ausruhen auf dem Erfolg“, sagte **Sylvia Bretschneider**. Der Service müsse weiter verbessert werden. „Jeder Gast muss das Gefühl haben, willkommen zu sein.“ **Mathias Löttge** sieht den größten Nachholbedarf bei der Gewinnung ausländischer Gäste. Der G8-Gipfel habe bereits eine Steigerung gebracht. Aber das genüge noch nicht. **Helmut Holter** forderte mehr Anstrengungen, um das Land auch in der Nebensaison attraktiver zu machen. „Wir brauchen Angebote für jeden Geldbeutel“, betonte er. Für **Sebastian Ratjen** bestehen noch Defizite in der Erreichbarkeit der Urlaubsregionen. Im Marketing könne das Land seiner Auffassung nach noch selbstbewusster auftreten. „Wir haben keine Riesenobjekte, die Küste ist nicht verbaut“, hob er hervor. Das sei ein Pfund, mit dem man wuchern kann. **Udo Pastörs** zufolge besteht für das Land eine große Gefahr, wenn der Tourismus zur Monostruktur wird. Andere Industriezweige dürften nicht vernachlässigt werden. Das Land müsse insgesamt für einen „guten Ruf“ sorgen, unterstrich er. **Mathias Löttge**,

auch Präsident des Landestourismusverbandes, sieht ein großes Risiko dagegen eher im Rechtsextremismus. „Ohne ihn hätten wir im Vorjahr sieben Prozent mehr Gäste gehabt“, betonte er und fügte hinzu: „Dieses Risiko sollten wir ausschließen.“

Beruf und Familie vereinbaren

Mecklenburg-Vorpommern soll ein Land sein, in dem sich Familien wohl fühlen. Aber was wollen Frauen und Familien im 21. Jahrhundert? Darüber tauschten sich Dr. Margret Seemann (SPD), Beate Schlupp (CDU), Angelika Gramkow (DIE LINKE), Sigrun Reese (FDP) und Udo Pastörs (NPD) aus.

Als Mutter von fünf Kindern setze sie sich für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ein, betonte **Sigrun Reese**. Sie forderte moderne Kindertagesstätten, die mit ihren Öffnungszeiten flexibel auf die Bedürfnisse von berufstätigen Eltern reagieren. Für Unternehmen müsse Familienfreundlichkeit Pflicht sein. Familienpolitik muss **Dr. Margret Seemann** zufolge immer im Zusammenhang mit Gleichstellungspolitik gesehen werden. Das unterstrich auch **Angelika Gramkow**. Damit Frauen unabhängig und eigenständig sein können, sei es notwendig, das Gehaltsniveau anzugleichen. „Man braucht Arbeit, von der man leben kann, und Chancengleichheit bei der Bildung für Kinder und Enkelkinder.“ Das sei Aufgabe der Politik. **Udo Pastörs** forderte ein „Müttergehalt“, das Frauen etwa sechs Jahre lang beziehen könnten, wenn sie es wollten. Heutzutage müssten sich Frauen „zerreißen“, um dazuzuverdienen und sich gleichzeitig um die Kinder zu kümmern. Er sprach sich gegen eine Ganztagsbetreuung in Kitas aus. Das könnte schnell zum staatlichen Umerziehungsprogramm werden. „Sie trauen den Frauen zu wenig zu“, erwiderte **Beate Schlupp**. „Viele Mütter wollen arbeiten und sich beruflich weiterentwickeln“, betonte sie. Die Politik habe die Aufgabe, sie dabei zu unterstützen. „Mütter müssen die Wahl haben, ob sie arbeiten gehen oder nicht.“ Sie sei für ein modernes Familienbild, fühle sich aber dennoch traditionellen Werten verpflichtet. **Dr. Margret Seemann**, Gleichstellungsbeauftragte der Regierung, verwies auf Untersuchungen, nach denen 85 Pro-



Foto: Uwe Balewski

Von BUGA bis Familienpolitik – alle Podiumsdiskussionen fanden interessierte Zuhörer.

zent aller Frauen beides wollen: Beruf und Familie. Ein Müttergeld lehnte sie ab. Für die Erziehung der Kleinen sollten Mütter und Väter gleichermaßen zuständig sein.

Das Märchenschloss und die UNESCO

Das Schweriner Schloss, Landtagssitz von Mecklenburg-Vorpommern, soll Weltkulturerbe werden. Das haben die Abgeordneten im Oktober befürwortet und die Regierung beauftragt, Schritte für die Bewerbung einzuleiten. Auf der begehrten Welterbe-Liste der UNESCO stehen bereits seit 2002 die Hansestädte Stralsund und Wismar. Über Vorteile der Aufnahme und Klippen der Bewerbung sprachen Rudolf Borchert (SPD), Jörg Vierkant (CDU), Torsten Koplin (DIE LINKE), Hans Kreher (FDP) und Raimund Bormann (NPD).

Der Stralsunder Abgeordnete **Jörg Vierkant** sieht die Aufnahme der Hansestadt in die Liste als Erfolg. Durch den Titel seien zusätzliche Mittel in die Denkmalpflege geflossen. Zudem habe sich die Zahl der Stadtführungen von 1999 an bis heute nahezu verdoppelt. Stralsund sei eben über Europa hinaus bekannt geworden. Die Touristen, die durch die UNESCO-Liste auf bestimmte Städte aufmerksam werden, reisen vielleicht auch weiter durchs Land, meinte **Rudolf Borchert**. Das sei beispielsweise für Städte wie Waren wichtig. Der Titel hat nach

Auffassung von **Torsten Koplin** neben der touristischen auch eine symbolische Wirkung. „Wer auf der Liste steht, wird in einem Atemzug genannt mit Orten, die für Weltoffenheit und Friedlichkeit stehen“, sagte er. „Titel sind nicht alles“, meinte dagegen **Raimund Bormann**. „Sie müssen auch gelebt werden.“ Beim Schloss habe er da „gemischte Gefühle“. Schließlich repräsentiere es zunächst erst einmal die Zeit des Feudalabsolutismus. Dem widersprach **Hans Kreher**. Schon Hofbaumeister Georg Adolf Demmler habe sich sozial engagiert: „Sich der demokratischen Geschichte bewusst werden, das ist auch ein Aspekt von Weltkulturerbe“, sagte der Landtagsvizepräsident. Jedoch, da waren sich die Teilnehmer offenbar einig, ist ein langer Atem nötig. Zehn Jahre werde es mindestens dauern, bis das Schloss samt historischer Umgebung mit dem Welterbe-Titel gekrönt werden kann.

BUGA 2009 in Schwerin soll Erfolg werden

Der Blick von der Schlossinsel aus zeigt es: Das ehrgeizige BUGA-Projekt wächst und gedeiht. Im kommenden Jahr soll es Gäste aus fern und nah in die Landeshauptstadt locken. Doch noch ist die Vorfreude auf das Großereignis nicht ungetrübt. Schließlich schloss die IGA 2003 in Rostock mit einem Defizit von 20 Millionen Euro die Pforten. So stand die Finanzierung der BUGA mit im Mittelpunkt der

Podiumsdiskussion „Sieben Gärten mit-tendrin – Bundesgartenschau 2009 in Schwerin“. Auf dem Podium diskutierten Hans Kreher, Vizepräsident des Landtages, Dr. Gottfried Timm (SPD), Dr. Armin Jäger (CDU), Angelika Gramkow (DIE LINKE) und BUGA-Pressesprecher **Gert Steinhagen**. Er gab das geplante Gesamtvolumen mit 72,2 Millionen Euro an. Mit rund 30 Millionen Euro fördert das Land die Gartenschau. Rund 1,8 Millionen Besucher erhoffen sich die Veranstalter. „Die Finanzierung steht“, betonte **Dr. Gottfried Timm**. „Aber ob am Ende mit einer schwarzen Null zu rechnen ist, weiß heute noch niemand.“ Und **Dr. Armin Jäger** ergänzte: „Wir haben das Projekt im Laufe der Zeit gesundgeschrumpft.“ Aus den ersten großen Ideen sei nun etwas „Solides“ geworden. Der Schweriner Ansatz, die Schau in der Innenstadt zu konzentrieren, sei von vornherein Erfolg versprechender als der in Rostock, wo die Touristen an den Stadtrand fahren mussten, betonte **Hans Kreher**. An einen nachhaltigen Erfolg der BUGA glaubt auch **Angelika Gramkow**. Schließlich werde mit der Bundesgartenschau auch ein innerstädtisches Konzept umgesetzt, das unter anderem mit Verkehrsberuhigung und Verschönerung von Plätzen der Stadtentwicklung zugehört. In einem waren sich die Gesprächspartner zudem einig: Die Zustimmung zur Bundesgartenschau wächst. Und die Kulturstadt Schwerin, die 2010 ihr 850-jähriges Bestehen feiert, wird mit der BUGA noch bekannter werden.

Landtag vor Ort

Erfolgreiche Premiere in Anklam und Wolgast

■ „Wir wollen die Werte der Demokratie aufzeigen, sie erklären und offensiv dafür werben. Es geht darum, dass die Zivilgesellschaft Flagge zeigt und möglichst wenig Lücken lässt, in die Extremisten stoßen können.“ Dies sagte Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider am 14. Juni beim „Tag der Vereine“ in Anklam, bei dem sich der Landtag im Rahmen der Kampagne „Wir. Erfolg braucht Vielfalt“ mit einem bunten Informations- und Aktionsangebot beteiligte. Am 19. Juni machte „Landtag vor Ort“ in Wolgast Station.

Es gelte, das „große und mitunter schwer handhabbare Wort Demokratie stärker mit dem Alltag der Menschen im Land in Verbindung zu bringen“, erklärte Sylvia Bretschneider das Anliegen der Landtags-Tour. „Ich denke an die Gleichheit vor dem Gesetz, welche staatliche Willkür ausschließt. Ich denke an die Chance, jede Verwaltungsentscheidung überprüfen zu lassen. Und ich denke an die Gleichberechtigung von Mann und Frau, die Meinungsfreiheit oder auch die Freiheit, Beruf bzw. Ausbildung selbst zu wählen – ohne dass dies durch eine Partei zugeteilt wird“, so die Politikerin. Sie warb um das Engagement möglichst vieler Akteure. „Demokratie funktioniert nur dann, wenn sie mehr ist als eine Staatsform – sie muss auch Lebensform sein“, betonte sie.

Nach dem Auftakt am Tag des offenen Schlosses in der Landeshauptstadt Schwerin am 1. Juni war Anklam die zweite Station der Aktion „Landtag vor Ort“, die Teil der Aktivitäten des landesweiten Bündnisses „Wir. Erfolg braucht Vielfalt“ ist. Fortgesetzt wurde die Tour am 19. Juni in Wolgast. Auch hier trafen die Informations- und Mitmach-Angebote des Landtages auf großes Interesse. Zusätzlich beteiligten sich rund 60 Neuntklässler des Wolgaster Runge-Gymnasiums an einem Planspiel des Landtages, bei dem sie in die Rolle von Abgeordneten schlüpften und



Viele Bürgerinnen und Bürger – wie hier Vertreter der Bürgerinitiative gegen das Steinkohlekraftwerk in Lubmin – nutzen die Gelegenheit zum Gespräch mit Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider.

Foto: Dirk Lange



Die Anklamer Steppkes freuten sich, dass so viel los war.

Foto: Claudia Richter

an Hand des Themas „Benotung der Lehrer durch die Schüler“ die Meinungsbildung, das Werben um Mehrheiten und die Abstimmung im Parlament simulierten.

Der Landtag wird im Rahmen des Bündnisses „Wir. Erfolg braucht Vielfalt“ in weiteren Städten und Gemeinden des Landes Station machen, so zum Beispiel in Bützow, Sassnitz, Ueckermünde und Lübtheen.

„Wir. Erfolg braucht Vielfalt“ ist ein landesweites Bündnis für Demokratie, Toleranz und Vielfalt. Das vom DGB, den Unternehmerverbänden, den Kirchen sowie der Präsidentin des Landtages initiierte Bündnis wirbt für bürgerliches Engage-

ment. Es richtet sich gegen extremistische und demokratiefeindliche Aktivitäten.

Nähere Informationen zum Bündnis sind erhältlich über die Geschäftsstelle „Wir. Erfolg braucht Vielfalt“, Tel. 0385 / 55 57 09 14, und in Kürze auch im Internet unter www.wir-erfolg-braucht-vielfalt.de

**Mecklenburg
Vorpommern** 
Wir. Erfolg braucht Vielfalt



Fotos: Dirk Lange

Beim Parlamentsspiel in Wolgast wurde der Schulhof kurzerhand zu einem Plenarsaal umfunktioniert.



Bei einem Quiz konnten Interessierte ihr Wissen testen und hatten die Chance, neben vielen kleineren Preisen, einen Besuch im Schweriner Schloss – dem Sitz des Landtages Mecklenburg-Vorpommern – zu gewinnen.



Was würden Sie machen, wenn Sie Abgeordneter wären? – Viele hatten da genaue Vorstellungen und machten dies auch durch Ankreuzen deutlich.



Das Glücksrad motivierte zum Mitmachen – und gab nebenbei den Anstoß, über wichtige Eckwerte eines demokratischen Zusammenlebens nachzudenken.

BÜRGERMEINUNGEN



Kein Kohlekraftwerk, keine Wiesen betonen, Aufforstung – speziell die Urlaubsregion Usedom wird wegen der intakten Natur besucht!

Politiker müssen fürs Volk arbeiten, nicht für Parteien und Geld!

Längeres gemeinsames Lernen darf nicht bedeuten, dass bei geringerer Schülerzahl einfach Klassen zusammengelegt werden. Das Bildungssystem sollte in ganz Deutschland einheitlich sein.

Keine NPD im Parlament!

Toleranz gegen andere!

Mehr Perspektiven/Aktivitätsangebote für Jugendliche.

Der Rechtsextremismus sollte weniger werden, man sollte überlegen, warum die NPD im Parlament ist!

Uns ärgert die ständige Änderung des Schulgesetzes. Was wir wünschen: Ruhe und Planbarkeit der schulischen Vorhaben. Kleine Gemeinden sollten nicht nur in der Lage sein, die Pflichtaufgaben zu erledigen, sondern auch gestalten können. Dazu muss die Finanzausstattung verbessert werden. Wir brauchen Jugendclubs, FFW, Kitas, Seniorentreffs, beleuchtete Straßen, Buswartehäuschen und vieles mehr.

Mich ärgert es sehr, dass die Jugend hier keine Zukunft hat. Die meisten flüchten wegen der Arbeitslosigkeit. Die Wirtschaft braucht unbedingt einen Anschlag, damit die Leute hier bleiben.

Die Wahlbeteiligung bei der Landratswahl war unter aller Würde. Darüber sollten die Leute mal nachdenken.

Mir gefällt nicht, dass sehr viel Gewalt an den Schulen ist!

Familien brauchen mehr Zeit für die Kinder! Nur 6 Stunden Arbeit für die Frauen bei Kindern von bis 10 Jahren. Sie müssen es sich leisten können.

Warum wurden erst Jugendeinrichtungen geschlossen und Betreuer entlassen bzw. nach einem Jahr wieder nach Hause geschickt? Jetzt will man die Jugendarbeit auf den Dörfern wieder ankurbeln. Kinder- und Jugendarbeit ist Beziehungsarbeit!

Verantwortung für die Zukunft

**Jugendprojekt der Landtage
Mecklenburg-Vorpommern und
Brandenburg in Ravensbrück**

■ Die Jugendlichen, die am 26. Mai in Ravensbrück aus den Bussen steigen, stammen aus dem mecklenburgischen Ludwigslust und dem brandenburgischen Neuruppin – und bislang verbindet die beiden Klassen nicht viel miteinander. Das wird sich ändern, denn gemeinsam werden sie sich zwei Tage lang in dem ehemaligen Frauenkonzentrationslager mit den Verbrechen des Nationalsozialismus auseinandersetzen.

Bereits zum 14. Mal haben die Landtage Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg Schülerinnen und Schüler in die Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück eingeladen. „Mit unserem Projekt geht es uns nicht nur um den Blick zurück, sondern zugleich auch um unsere und vor allem Ihre Verantwortung für die Zukunft“, sagte Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider zum Auftakt. Die Auseinandersetzung mit den Verbrechen des Nationalsozialismus sei wichtig, um die Demokratie als grundlegenden Wert zu begreifen und zu schützen. „Sowohl in Brandenburg als auch in Mecklenburg-Vorpommern sind die Rechtsextremen aktiv, wollen ihr menschen- und demokratiefeindliches Gedankengut insbesondere jungen Menschen schmackhaft machen“, warnte ihr Amtskollege Gunter Fritsch. Beide Parlamentarier sprachen ihre Hoffnung aus, dass das gemeinsame Projekt die Jugendlichen in ihrer demokratischen Grundhaltung bestärkt und sie ihre Erfahrungen und Erkenntnisse dieser zwei Tage an ihre Freunde und Verwandten weitergeben.

Die Schülerinnen und Schüler arbeiten intensiv in verschiedenen Workshops. Sie recherchieren die Schicksale von Ravensbrückerinnen, informieren sich über das Jugend-KZ Uckermark, setzen sich auch mit dem Verhalten und den Motiven der Aufseherinnen auseinander. Zwei Medien-Teams planen und realisieren einen



Fotos: Claudia Richter

Schülerinnen und Schüler des Fachgymnasiums der Beruflichen Schule Ludwigslust und des Karl-Friedrich-Schinkel-Gymnasiums Neuruppin zusammen mit den Zeitzeuginnen Ilse Heinrich und Charlotte Kroll.

Projekt-Film sowie eine Zeitung. Am bewegendsten für alle ist die Begegnung mit zwei Überlebenden: Charlotte Kroll, die nach Ravensbrück eingeliefert wurde, weil sie einer schwangeren Fremdarbeiterin Babykleidung geschenkt hatte, und Ilse Heinrich, die vor der schweren Feldarbeit bei fremden Bauern geflohen war und deshalb als „Asoziale“ eingesperrt wurde. Ilse Heinrich erklärt, warum beide trotz ihres hohen Alters immer wieder bereit sind, mit Schülern über die schrecklichste Zeit ihres Lebens zu sprechen: „Wir wollen, dass das nicht vergessen wird. Wir haben hier die Hölle durchlebt, und das möchten wir an die Schüler weitergeben.“

Diese Botschaft kommt an, und die Newsletter-Redakteurinnen Alexandra und Carolin sprechen allen aus dem Herzen, wenn sie als Fazit der Projektstage schreiben: „Wir stammen zwar immer noch aus verschiedenen Städten, aber nun haben wir etwas Gemeinsames: RAVENSBRÜCK wurde für uns zu einem Ort, an dem wir uns und dem Thema näher gekommen sind.“



Als Dank an die Zeitzeuginnen pflanzten die Jugendlichen einen Ahornbaum vor dem Haus der Lagergemeinschaft.

MEINUNGEN

Thomas Lohse

Ich hatte die Möglichkeit, in Ravensbrück neue Erfahrungen zu sammeln. Besonders gut gefielen mir die verschiedenen Ausstellungen, aber am intensivsten erlebte ich die Gespräche mit den Zeitzeuginnen.

Marie Kaniecki

Ich bin mit nicht so großen Erwartungen hier hergekommen. Mir war bewusst, dass wir Filme sehen und auch mit Zeitzeuginnen sprechen werden. Dennoch dachte ich nicht, dass mich diese Erlebnisse so sehr berühren.

Falk-Benjamin Meyer

Durch die Zeitzeugengespräche habe ich aufschlussreiche Informationen erhalten, dieses war für mich ein sehr ergreifender Moment. Interessant fand ich auch das Barfußlaufen über den Lagerplatz, was in mir ein unbeschreibliches Gefühl hervorrief.

Maike Wenske

Klassenfahrten zu Mahn- und Gedenkstätten sind für uns Jugendliche deshalb so wichtig, weil wir viel besser verstehen können, was die Menschen früher empfunden haben, wenn wir eigene Eindrücke sammeln können.

Richard Michaelis

Ich bin der festen Überzeugung, dass eine Diktatur in Deutschland jederzeit noch einmal möglich wäre. Eine Diktatur entsteht nicht einfach von heute auf morgen. Sie wird meist in einem langjährigen Prozess konstruiert, wo mit den Gefühlen der Menschen, der Angst oder Wut, gespielt wird. Über diese Jahre hinweg vergessen die Menschen leider viel zu oft, wie wertvoll ihre Freiheit ist.

Schlösser-Kooperation beraten

Ältestenrat besuchte das französische Schloss Chambord

■ Die Schlösser Schwerin und Chambord (Frankreich) werden künftig näher zusammenrücken und zum wechselseitigen Nutzen enger kooperieren. Dies ist Ergebnis der Reise des Ältestenrates des Landtages Mecklenburg-Vorpommern Mitte Juni in den 160 km südwestlich von Paris gelegenen Ort Chambord. Die Parlamentarier waren einer zuvor mehrfach ausgesprochenen Einladung des Direktors der *Domaine National de Chambord*, Philippe Martel, gefolgt, das Loire-Schloss kennen zu lernen und Möglichkeiten künftiger Zusammenarbeit zu beraten.

Politisch aktuell und hilfreich war ein Gespräch über das Verfahren zur Erlangung des UNESCO-Welterbe-Status. Chambord befindet sich als einzigartiges Baudenkmal seit 1981 auf der Welterbeliste und ist im Jahr 2001 mit dem dort seither ebenfalls verzeichneten Loire-Tal (Val de Loire) verbunden worden. Nathalie Beynac von der hierfür zuständigen Regionalverwaltung informierte die Gäste aus Mecklenburg-Vorpommern am Beispiel des Loire-Tals über das Antragsverfahren und die im Zusammenhang mit dem Welterbe-Status zu erfüllenden Auflagen.

Chambord – das bekannteste der Schlösser des Loire-Tales – gilt als architektonisches Vorbild des Schweriner Schlosses. „Die Ähnlichkeit der beiden Bauwerke ist in der Tat verblüffend“, unterstrich Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider deshalb nach der Rückkehr aus Chambord. Belegt ist, dass sich der Baumeister Georg Adolph Demmler vor Beginn seiner Arbeit an den Entwürfen für den Umbau des Schweriner Schlosses in der Loire-Region aufgehalten hat und sich durch einen Besuch in Chambord inspirieren ließ. Dieser historische Bezug war Grund für die Teil-

nahme einer französischen Delegation an der 150-Jahr-Feier des Schweriner Schlosses im vergangenen Jahr.

Schloss Chambord war ursprünglich als Jagdschloss geplant. Mit dem Bau wurde 1519 auf Geheiß König Franz I. begonnen. Chambord gilt als gelungene Verbindung von mittelalterlichen Baumerkmalen (zentraler Wohnturm umrahmt von vier Ecktürmen) mit innovativer Architektur der italienischen Renaissance (u.a. Loggien, Terrassen, Wandpfeiler, Fassadengestaltung).

Schloss Schwerin und Schloss Chambord dienen – wenn auch in unterschiedlicher Ausprägung – ähnlichen Zwecken. Beide Gebäude werden staatlich verwaltet und auf besondere Weise genutzt. Während beim Schweriner Schloss die Funktion als Sitz des Landtages im Vordergrund steht, dominiert in Chambord – trotz der unmittelbaren Zuordnung der Liegenschaft (Schloss und 5440 Hektar großer Park) zur Verwaltung des französischen Staatspräsidenten – die Nutzung als Museum. Gleichwohl tritt diese zu besonderen Anlässen, etwa beim Empfang von Staatsgästen, in den Hintergrund.



Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider und Philippe Martel, Direktor der *Domaine National de Chambord*

Philippe Martel stellte den Gästen die in Chambord vorgenommenen Veränderungen vor, welche seiner Ansicht nach zu einer deutlichen Steigerung der Besucherzahlen geführt haben. Im Jahr 2007 besichtigten demnach rund 680.000 Menschen Schloss Chambord – mehr als die Hälfte kam aus dem Ausland. Hinzuzurechnen seien etwa 250.000 Besucher, die sich lediglich außerhalb des Schlosses umgesehen haben, ohne eine Eintrittskarte für das Museum zu lösen. Zum Vergleich: Die Zahl der Besucher des Schweriner Schlossmuseums verringerte sich von mehr als 570.000 Personen im Jahr 1990 auf 162.000 im Jahr 2006. Aufgrund ihrer Erfahrungen unterstrichen die französischen Gesprächspartner die Bedeutung eines auf die Zielgruppen ausgerichteten Marketings. Von entscheidender Bedeutung sei es, den Besuchern besten Service und möglichst interessant aufbereitete Informationen zu bieten. Das Museumsangebot auf die Interessen der Besucher auszurichten und zum Erlebnis werden zu lassen – durch Führungen in verschiedenen Sprachen, zusätzliche Ausstellungen im Schloss und einen niveaувollen Souvenirshop (Umsatz in Chambord: 2 Mio. Euro/Jahr) – sei Kern des erfolgreichen Konzepts in Chambord, so Martel. Interessiert zeigte er sich an den Schweriner Erfahrungen mit der Verpachtung des gastronomischen Angebotes. An dieser Stelle sei Schwerin Chambord voraus.



Die Ähnlichkeit von Schloss Chambord mit dem Schweriner Schloss ist unverkennbar.

Die Schülerinnen und Schüler des Schweriner Pädagogiums hatten sich am 16. Juni für das „Schülerprojekt Parlament“ des Landtages besonders schick gemacht – schließlich schlüpfen sie für einige Stunden in die Rolle von Abgeordneten. An Hand des Themas „Abschaffung der Zensuren in den Fächern Sport, Kunst und Musik“ spielten sie parlamentarische Verfahren – einen Antrag stellen, Pro- und Kontra-Argumente sammeln und debattieren, abstimmen – durch. „Politikunterricht“, der Spaß macht, fanden die Jugendlichen. Und fast nebenbei haben sie eine Menge über die Arbeit der Abgeordneten gelernt.



Foto: Claudia Richter

(Adressfeld für Abonnenten)



Foto: Claudia Richter



Foto: Stefan Janssen

Ausbildung für alle – unter diesem Motto hatte der DGB Nord anlässlich des Landeswandertages 2008 am 3. Juni rund 150 Schülerinnen und Schüler ins Schweriner Schloss eingeladen. Unter der Schirmherrschaft von Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider diskutierten die Jugendlichen mit Vertretern aller vier demokratischen Landtagsfraktionen darüber, wie das Ausbildungsplatzproblem gelöst werden kann. Nach Einschätzung des DGB wird es auch in diesem Jahr für mindestens ein Drittel der Bewerberinnen und Bewerber keinen betrieblichen Ausbildungsplatz im Land geben. (v.l. DGB-Nord Vorsitzender Ingo Schlüter, Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider, Andrea Harms von der Landtagsverwaltung, dahinter v.r.: Marc Reinhardt, CDU; Thomas Schwarz, SPD; Angelika Gramkow, DIE LINKE)



Foto: Frank Reichelt

Am 18. Juni übergab Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider an die Kreisverbände Schwerin und Greifswald des Deutschen Kinderschutzbundes e.V. Spendenschecks in Höhe von je 1.014,00 Euro. Das Geld stammt aus den Einnahmen der Weihnachtsfeier des Landtages im vergangenen Jahr. Eingesetzt werden sollen die Spenden nach Angaben der Verbände für Qualifizierungsmaßnahmen von Mitarbeitern des Kinder- und Jugendtelefons. Bei dem Kinder- und Jugendtelefon handelt es sich um ein anonymes telefonisches Gesprächs- und Beratungsangebot für Kinder und Jugendliche. (v.l.n.r.: Heidi Eywill, Beate von Randow (KSB Greifswald), Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider, Nadine Schomann, Gabriele Jäger (KSB Schwerin))

Große Freude bei der Delegation aus Mecklenburg-Vorpommern beim Bundesfinale „Jugend debattiert“, das am 15. Juni im großen Sendesaal des RBB in Berlin ausgetragen wurde. Wiebke Neelsen vom Gerhart-Hauptmann-Gymnasium Wismar (3.v.r.), die sich beim Landesfinale M-V im Schweriner Schloss als Siegerin der Sekundarstufe II für Berlin qualifiziert hatte, belegte unter 32 Mitfinalisten ihrer Altersklasse den 3. Platz! Souverän debattierte sie in der Finalrunde das Thema: Sollen Managergehälter gesetzlich begrenzt werden? Unter der Schirmherrschaft von Bundespräsident Horst Köhler, der beim Finale dabei war, hatten sich bundesweit 70.000 Schüler an rund 500 Schulen am Bundeswettbewerb Jugend debattiert 2008 beteiligt.